

Essen in Kitas und Schule könnte teurer werden

Eigentlich sollten die Beiträge schon im August steigen/ Jetzt verzögert sich die Erhöhung zwar, aber sie kommt wohl im nächsten Jahr

Von Anke Hollingshaus

WIESBADEN. Seit 2016 zahlen Eltern von Kita-Kindern 70 Euro im Monat für die Verpflegung ihrer Kinder – also fürs Frühstück, ein Mittagessen und einen Snack am Nachmittag. Auch für die Verpflegung in Schulen fällt in der Regel dieser Betrag an. Es gibt hier allerdings auch andere, teurere, Modelle, je nach Caterer, der die Schule beliefert und teils tageweise abrechnet. Weil die Kosten davongaloppieren und die Lebensmittel schon lange nicht mehr zu den Preisen von 2016 eingekauft werden können, hatte Sozialdezernent Christoph Manjura (SPD) vorgeschlagen, die Verpflegungsbeiträge in einem mehrstufigen System zu erhöhen. Zum August sollten 90 statt 70 Euro fällig werden, im August 2024 und 2025 jeweils weitere fünf Euro, sodass man dann bei 100 Euro gewesen wäre.

Magistrat war sich wohl nicht einig

Das kommt jetzt nicht so. Es bleibt vorerst bei den 70 Euro. Das Thema soll jetzt Gegenstand der Haushaltsberatungen werden. Man war sich wohl im Magistrat nicht einig, dem Vernehmen nach blockierten die Linken die Erhöhung. Etwa ein Drittel der Wiesbadener Eltern zahlt oh-

nehin nichts fürs Essen in Kita und Schule. Denn wer Sozialleistungen wie Kindergrundsicherung oder Wohngeld, Kinderzuschlag oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezieht, für den übernimmt die Stadt das Essensgeld, schildert Manjura auf Anfrage dieser Zeitung. Die Zahl derjenigen, die nicht selbst zahlen, wird sich nach seiner Einschätzung deutlich erhöhen, weil mit der Wohngeldreform viel mehr Menschen Anspruch hierauf haben werden.

Für ihn ist klar: Eine Erhöhung muss kommen: „Die Elternbeiträge decken auch nach der angedachten Erhöhung in den städtischen Kitas nicht die Vollkosten für Verpflegung und Hauswirtschaftskräfte, sodass das Amt für Soziale Arbeit mindestens beim Personal noch mitfinanziert.“ Früher wollte man die Essensbeiträge nicht hochsetzen, weil der Aufpreis 2016 (von 35 auf 70 Euro) sehr deutlich war und außerdem 2018 manche Betreuungsformen teurer wurden. Krippe und Grundschulbetreuung wurden damals teurer, die Beiträge für Drei- bis Sechsjährige für die Kita waren damals gesenkt worden.

Weil die Preisanpassung beim Essen jetzt verschoben wird, muss das Amt für Soziale Arbeit die Mehrkosten für dieses Jahr übernehmen. Die Einkaufspreise steigen, für die



Was kommt in der Kita auf den Tisch?

Archivfoto: dpa

Kitas ebenso wie für die Caterer an den Schulen. „Für 70 Euro werden Caterer keine Verpflegung auf dem jetzigen Level bereitstellen können“, so Manjura. „Das Amt für Soziale Arbeit bestreitet dann den Differenzbetrag in Höhe von 20 Euro für die Caterer, der dann 90 bekommt. 70 Euro tragen die Eltern, 20 Euro die Stadt. Sollte man sich auch bei den Haushaltsberatungen nicht auf 90 Euro für die Eltern einigen, „so führt dies zu Mehrkosten in Höhe von jährlich vier Millionen Euro“ für die Stadt. Mit dem Elternbeirat der städtischen Kitas habe

man bereits Gespräche geführt, den Stadtelternbeirat an Schulen ebenfalls informiert. Beide legten Wert darauf, dass das Essen eine gute Qualität habe. In den städtischen Kitas wird nach den Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) gekocht, zum wiederholten Mal wurden die Kitas mit dem „Fit Kid“-Zertifikat ausgezeichnet. Der Stadtelternbeirat Schulen wünscht sich eine frühe und umfassende Beteiligung und schlägt einen runden Tisch zum Thema vor. Er führt Hamburg ins Feld. Dort nehme die Stadt erhebliche Summen in die Hand

und schaffe es so, dass Familien trotz erheblich gestiegener Lebensmittelpreise nicht zusätzlich belastet würden, die Caterer aber einen angemessenen Preis erhielten. Auch Frankfurt und Mainz subventionierten das Schulesen.

Die Elternvertreter fürchten, dass Kinder abgemeldet würden vom Mittagessen, wenn es teurer wird. Wer knapp über dem Einkommen liege, bei dem das Essen komplett übernommen wird, habe dann ein zusätzliches Problem. Manche Eltern sehen dann vielleicht auch das Preis-Leistungs-Verhältnis nicht mehr gewahrt, so Isabel Buchberger, Vorsitzende des Stadtelternbeirats. In der Schule essen würden dann vielleicht irgendwann nur die Kinder, deren Eltern es nicht selbst bezahlen müssten. Von der Stadt erwarten die Elternvertreter „mehr finanzielles Engagement“. Sprunghafte Erhöhungen müssten vermieden werden. „Wir sind bereit für einen runden Tisch“, so Buchberger. Dagegen hat Manjura nichts einzuwenden.

Die Qualität des Essens zu verringern, sei keine Alternative und das trügen die Kita-Eltern auch mit. „Übrigens wären auch 4,30 Euro, das entspricht 90 Euro geteilt durch 21 Tage, für eine ganztägige Verpflegung in diesem Standard ein preiswertes Angebot“, meint der Sozialdezernent.